

Zeitschrift: Hochparterre : Zeitschrift für Architektur und Design

Herausgeber: Hochparterre

Band: 2 (1989)

Heft: 6

Artikel: Thomas Guggenheim : Chefbeamter und Antibürokrat

Autor: Merki, Kurt-Emil

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-119021>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

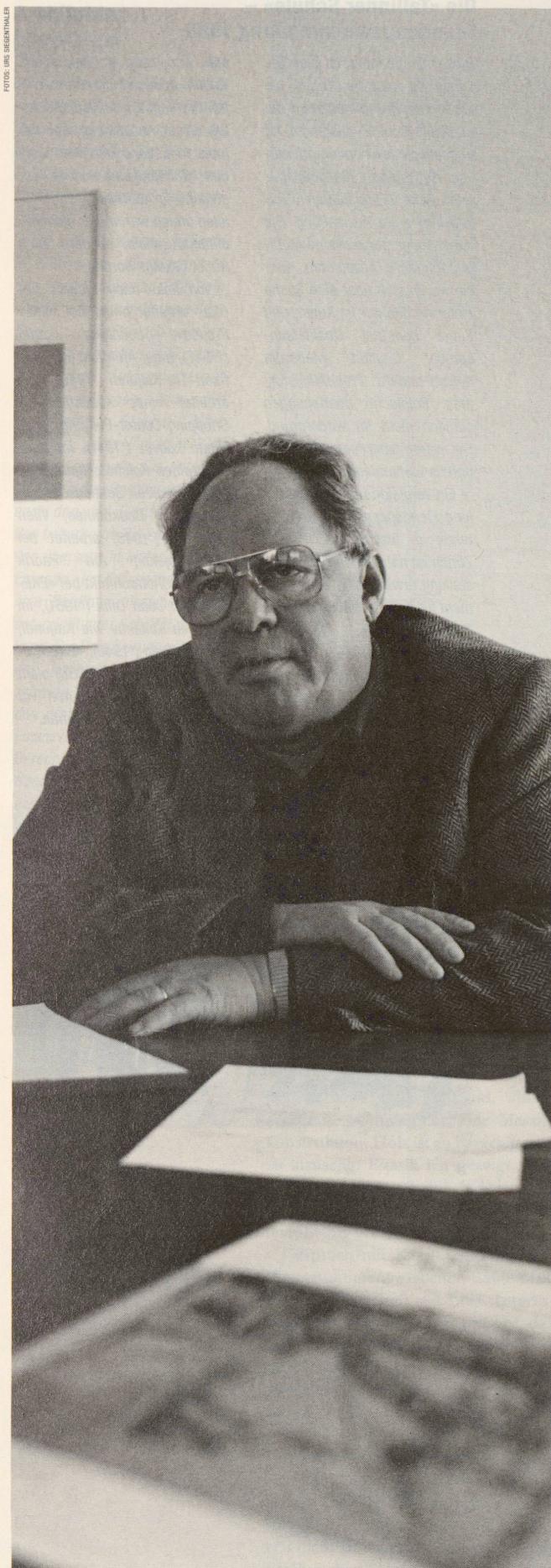
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



FOTOS: URS SIEGENTHALER

Chefbeamter und Antibürokrat

von KURT-EMIL MERKI

Thomas C. Guggenheim, 57, ist Direktor des Bundesamtes für Wohnungswesen. Seine Hauptaufgabe: Er hat den Vollzug dreier wichtiger Gesetze zu gewährleisten (darunter das Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz). Bemerkenswert an Guggenheim: Er ist als einer der ganz wenigen eidgenössischen Chefbeamten Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, und er präsidiert die Sektion Bern-Stadt und Gemeinden der Gewerkschaft VPOD.

«Die Regierung bemüht sich, die öffentlichen Finanzen im Gleichgewicht zu halten. Schwierigkeiten bereitet es ihr immer wieder, eine Aufblähung des Verwaltungsapparats zu verhindern; hier machen sich die Geflogenheiten der seit Jahrhunderten gebräuchlichen Bürokratie bemerkbar.» Ganz schön kecke Worte für einen hohen eidgenössischen Beamten! Der dies im Jahr 1988 geschrieben hat, ist nämlich Direktor im Bundesamt für Wohnungswesen. Aber ja: Thomas C. Guggenheims Beobachtung betrifft natürlich nicht die Schweiz. Sondern China, das er mehrmals bereist hat. Entnommen sind die beiden Sätze einem 95seitigen Kompendium mit dem an Nüchternheit kaum mehr zu überbietenden Titel «Einführung in die Geschichte Chinas aus der Sicht eines Europäers».

Geschichte, China: Damit sind zwei Liebhabereien des 57jährigen Juristen benannt. Zwei von vielen. Denn Guggenheim liest auch viel (lateinische Originaltexte, Fachliteratur, Belletristik: «am liebsten deutsche Dramen»), er wandert im Sommer, spielt im Winter Curling, er fotografiert, er fischt (mit Vorliebe Forellen und Äschen), er lernt Sprachen (im Moment die neunte: arabisch, und zwar in der Migros-Klubschule).

Und dann schreibt er eben. Neben der «Einführung», die er vor Jahresfrist gleich selbst noch verlegt hat, verfasst er vor allem Texte über seinen Fachbereich. Ein vielbeschäftiger

Mann also, auch wenn er sich nicht in seinem Amt aufhält. Denn da ist noch ein weiteres, bemerkenswertes Feierabendengagement: Guggenheim ist Präsident der VPOD-Sektion Bern-Stadt und Gemeinden. Diese Tätigkeit ist ihm immer wieder übergeben worden. Der Hauptvorwurf: Als Direktor habe er doch die Sache des Arbeitgebers zu vertreten. Darauf Guggenheim: «Ich kann meinen Lohn ja auch nicht selber festlegen, also bin ich ein Arbeitnehmer.»

Guggenheims politische Karriere begann Mitte der fünfziger Jahre: Als 23jähriger Jura-Student trat er der nonkonformistischen Bewegung «Junges Bern» bei. Als Gerichtsschreiber in Wangen a.A. wechselte er zur Sozialdemokratischen Partei und begann, sich «hobbymäßig» – wie Guggenheim sagt – mit Bodenrechts- und Raumplanungsfragen zu befassen. 1961 wurde er in Wangen Gemeinderat, er übernahm die Baukommission und betätigte sich als «klassischer Baupolizist». Offenbar schuf er sich dabei einen guten Namen, jedenfalls wurde das Eidgenössische Departement des Innern auf den Baujuristen aufmerksam und beauftragte ihn damit, im Auftragsverhältnis das Sekretariat der Expertenkommission für Landesplanung zu führen. In dieser Funktion leistete er Vorarbeiten für den Raumplanungsverfassungskonzept.

Folgerichtig also, dass 1974 der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, Bundesrat Ernst Brugger, den

versierten Baujuristen zum ersten Direktor des Bundesamtes für Wohnungswesen machte. (Guggenheim's Vorgänger Fritz Berger hatte noch den Titel «Delegierter» geführt.)

Ein Zürcher Freisinnger hievt einen Sozialdemokraten auf den Chefessel: Guggenheim findet zwar auch, dass dies «aussergewöhnlich» gewesen sei. Die Erklärung: «Brugger hat ganz bewusst Sozialdemokraten in sein Departement genommen. Neben mir ist ja auch der Delegierte für Konjunkturfragen, Waldemar Jucker, SP-Mitglied gewesen.» Weniger liberal reagierte anfänglich die Baubranche auf den linken Direktor. Nichts weniger als Systemveränderung wurde befürchtet. «Man hatte wohl Angst, ich würde das Wohnungswesen verstaatlichen.» Thomas Guggenheim lächelt sanft. Und sagt dann: «Dabei war ich im Leben nie Marxist.» Ein Antibürokrat sei er. Verstaatlichung aber bedeutet viel Bürokratie.

Also spielt es keine Rolle, was für ein Parteigänger an der Spitze dieses Bundesamtes steht? Beinahe energisch erwidert Guggenheim, dass er Veränderungen anstrebe, «aber innerhalb des Systems». Mit dem Reformer Guggenheim scheint sich die Umgebung abgefunden zu haben: «Heute spüre ich kaum mehr Misstrauen. Die Angst vor der Camouflage ist verflogen.»

Was aber hat dieser Thomas C. Guggenheim als Direktor des Bundesamtes für Wohnungswesen zu tun? «Wir sind in allerster Linie zuständig für den Vollzug von drei wichtigen Gesetzen.» Als da sind: das Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz (WEG), das Bundesgesetz über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten (WS), der Bundesbeschluss gegen Missbräuche im Mietwesen (BMM). Für den Vollzug des WEG stehen dem Bundesamt verschiedene Mittel zur Verfügung: Bürgschaften, Darlehen und Vorschüsse sowie A-fonds-perdu-Beiträge.

Sie verteilen also Geld? «Ja». Eine schöne Aufgabe! «Ja». Nur kurze Zeit ist Guggenheim etwas einsilbig, dann übernimmt er wieder einen aktiven Part im Gespräch. Wie ein PR-Beauftragter doziert er: «Bei all unseren Bemühungen stehen die Bewohner und die gemeinnützigen Bauträger im Vordergrund. Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Betagte und Behinderte sowie unsere Bergbevölkerung müssen im Verhältnis zum Einkommen vielfach eine zu hohe Wohnkostenbelastung in Kauf nehmen oder in unzureichenden Wohnverhältnissen leben.» Wohnbaugenossenschaften berechnen nach Guggenheim ihre Mieten aufgrund der effektiven Kosten und nicht aufgrund des Markt-

wertes einer Wohnung. Diese Mietzinspolitik führt aber dazu, dass die Genossenschaften keine finanziellen Rückstellungen machen können, was wiederum heisst, dass ihnen zu wenig Eigenkapital zur Verfügung steht. Hier springt der Bund ein. Er ermöglicht es den Genossenschaften, Überbauungen mit einem Eigenkapital von nur fünf Prozent zu realisieren, weil er für den Rest eine Bürgschaft übernimmt. Der verbürgte Betrag muss innerst 25 Jahren abbezahlt werden.

In gewissen Agglomerationsgebieten liegt die sogenannte Kostenmiete bei neuerrichteten Wohnungen wegen der hohen Bodenpreise aber bereits höher als die Marktmiete. In diesen Regionen haben die Wohnbaugenossenschaften keine Bauchance mehr. Da hilft der Bund mit günstigen Darlehen.

Einkommensschwache Mieter, für die selbst der verbilligte Mietzins noch zu hoch ist, erhalten A-fonds-perdu-Beiträge. Ferner werden zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten A-fonds-perdu-Beiträge an die Sanierungskosten ausgerichtet.

Auf das Finanzierungsmodell des WEG ist Guggenheim sichtlich stolz. «Früher», sagt er, «waren die Banken sehr skeptisch.» Die Bereitschaft, etwas Neues zu wagen, so Guggenheims Erfahrung, sei bei den Geldinstituten nicht grösser als in der Verwaltung. Heute aber habe sich das Finanzierungsmodell durchgesetzt und auch international sei man auf die Schweiz aufmerksam geworden. «Wir werden im Ausland fleissig kopiert.»

Aber, Hand aufs Herz, rennt der Bund mit seinem WEG nicht der Entwicklung hintennach? In den grossen Schweizer Agglomerationen herrscht Wohnungsnot, erschwinglicher Wohnraum ist ein Luxusgut geworden. Guggenheim: «Solange die Preise parallel zum Bruttosozialprodukt steigen, ist gegen diese Entwicklung eigentlich nichts einzuhenden.» Weil nun aber die Anleger von Pensionskassengeldern ihr Kapital zu niedrigen Zinsen einsetzen könnten, seien sie imstande, gegenüber den Konkurrenten bis zu hundert Prozent höhere Bodenpreise zu bezahlen. «Dadurch werden die Liegenschafts- und Bodenpreise total verfälscht.»

Mit andern Worten: «Die gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften und die institutionellen Anleger haben nicht die gleiche Ausgangslage.» Sozialdemokrat Guggenheim beinahe trotzig: «Wir wollen die Spiesse wieder gleich lang machen.» Und zwar so: «Wir versuchen, in Übereinstimmung mit dem Departementschef vom Parlament zusätzliche Mittel zu bekommen, die wir dem gemeinnützigen Woh-

nungsbau zur Verfügung stellen können.» Das ist nach Guggenheims Meinung sofort möglich, «da brauchen wir nicht Jahre zu warten.»

Wer sich bei sogenannt interessierten Kreisen über den Direktor des Bundesamtes für Wohnungswesen erkundigt, bekommt immer gleich zwei Besonderheiten zuallererst zu hören: Er gilt als profunder Kenner des schweizerischen Wohnungsmarkts. Und er hat den Ruf, Wohnexperimenten gegenüber aufgeschlossen zu sein. Natürlich freut sich Guggenheim über dieses Lob. Und unverzüglich beginnt er von seinem Lieblingsprojekt zu schwärmen: Der Überbauung «Bleiche» in Worb. Insgesamt 37 Bauherren haben bei der Errichtung dieser Siedlung bestimmd mitgewirkt. Vorgegeben war nur die äussere Hülle der Wohneinheiten. Den Ausbau ihrer Häuser haben die in einer Bewohnergenossenschaft vereinigten Bewohner nach ihrem eigenen Gutdünken selber an die Hand genommen. So ist jedes Haus anders herausgekommen, und keines kostete gleich viel wie das andere. Guggenheim ganz begeistert: «Das ist für mich das Mitwirkungsmodell in der Schweiz.» Und schliesst das Thema mit grosser Geste ab: «Was in den letzten zwölf Jahren an alternativen Kleinsiedlungen entstanden ist, ist zu zwei Dritteln von uns unterstützt worden.»

Noch eine weitere berufliche Leidenschaft hat Guggenheim: «Mir liegt die Ressortforschung sehr am Herzen.» Er, der der Literatur so verbunden ist, hat eine «Schriftenreihe Wohnungswesen» mitgestaltet, die mittlerweile 44 Bände umfasst.

Thomas C. Guggenheim untersteht 43 Etatstellen (aufgeteilt auf eine Belegschaft von 48 Personen plus drei Lehrtöchter). Der Direktor des Bundesamtes für Wohnungswesen weist nicht ohne Genugtuung darauf hin, dass er innerhalb der Bundesverwaltung der erste gewesen sei, der seinen Beamten die Möglichkeit von Teilzeitstellen angeboten habe. Erstaunlich, dass Guggenheim die Stimmung in seinem Amt zurückhaltend als «mal besser, mal schlechter» beschreibt. Doch für dieses Wechselbad der Gefühle gibt es einen handfesten Grund: Das Bundesamt für Wohnungswesen wird auf den 1. Januar 1994 nach Grenchen umgesiedelt. Jetzt belegt das Amt im Gebäude des Weltpostvereins in Bern eine Etage zu einem günstigen Mietzins (130 Franken pro Quadratmeter). Ab 1994 wird das Amt in Grenchen auf drei Stockwerke verteilt sein, und die Kosten werden massiv ansteigen.

«Idiotisch» nennt Guggenheim diesen Zügelzwang. Und nimmt damit als Chefbeamter doch noch ein ganz schön keckes Wort in den Mund. ■



Thomas C. Guggenheim in der Siedlung «Merzenacker» am östlichen Stadtrand von Bern. Für den Direktor des Bundesamtes für Wohnungswesen ist der «Merzenacker» ein Beispiel für guten Wohnungsbau. Der Bund war nicht an der Finanzierung der Siedlung beteiligt, sondern hat lediglich eine Bürgschaft angeboten. Mit auf dem Bild: ein junger Siedlungsbewohner.